PB.I-01-455

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Gorden Isler (KV Hamburg-Eimsbüttel)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 455 bis 457:
~~Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit~~Wir setzen uns für unteilbare Menschenrechte und ~~ohne Binnengrenzen braucht kontrollierte Außengrenzen. Eine Außengrenze muss aber auch legale~~sichere Zugangswege ~~haben~~ein. Dass tausende Menschen jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil europäische Regierungen ihnen nicht

Von Zeile 461 bis 469:
Mitgliedstaaten derzeit nicht möglich erscheint, wollen wir mit jenen vorangehen, die die Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen: Wir wollen auch Schiffe der Deutschen Marine zur Seenotrettung an den gemeinsamen Außengrenzen einsetzen, um möglichst vielen Menschen das Leben zu retten. Gerettete müssen zum nächsten sicheren Hafen gebracht werden~~. Wir~~, um dann nach einem Verteilungsmechanismus unverzüglich auf aufnahmebereite Mitgliedsstaaten, Regionen oder Städte aufgeteilt zu werdenWir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher Rettungsinitiativen und treten dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche Behinderung ihrer Arbeit beendet wird. Wir wollen, dass die Seenotrettung explizit ins Aufgabenprofil von Frontex aufgenommen wird, und ~~setzen auf~~unterstützen eine europäische Grenzkontrolle~~, die~~ nur dann, wenn sie den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat ~~und wichtige~~. Denn grenzpolizeiliche Aufgaben ~~wahrnimmt, ohne sie~~dürfen niemals zur Fluchtabwehr ~~zu missbrauchen~~missbraucht werden. Das moderne Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und europarechtlich verbriefte

Begründung

Es kann nicht sein, dass hier zunächst die Bedeutung des Grenzschutzes betont und der Bedeutung der Menschenrechte vorangestellt wird. An unseren Außengrenzen mangelt es derzeit nicht an Schutzmaßnahmen der Grenzen, sondern am Schutz der Menschenrechte und der Menschen selbst. Wir müssen aufhören, diese beiden Anliegen gleichzugewichten. Der Schutz und die Unteilbarkeit der Menschenrechte wiegen deutlich schwerer. Aktuell gibt es aber ein umgekehrtes Ungleichgewicht zu Lasten der Rechte Schutzsuchender. An den Grenzen kommt es zu schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir müssen deshalb dringend damit aufhören die Bedeutung des Grenzschutzes zu betonen und den Schutz der Menschen und der Menschenrechte wieder unmissverständlich voranstellen.

Deutschland muss selbst mit gutem Beispiel voran gehen und kann selbst Marineschiffe an den Außengrenzen stationieren. Es ist eindeutig und unstrittig im Interesse der Bundesrepublik, dass weniger Menschen an den gemeinsamen Außengrenzen sterben.

Es ist eine Schande, dass die größte, europäische Volkswirtschaft bisher nur dann zum Handeln bereit war, wenn es andere Mitgliedsstaaten auch waren und so das eigene Nichtstun rechtfertigt worden ist. Damit muss jetzt Schluss sein! Die "gemeinsame, europäische Lösung" muss und kann von Deutschland ausgehen. Italien, Spanien, Malta, Zypern und Griechenland tragen hier als

Mittelmeeranrainer ohnehin die größte Last und Veranwortung. Diese Länder können nicht länger aufgrund ihrer geografischen Lage im Stich gelassen werden. Mit Blick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen in Italien (2023) müssen wir mit großer Sorge auf die dortigen Umragewerte schauen. Es braucht klare, europäische Signale, konkrete Hilfe und eine echte Bereitschaft Italien zu unterstützen, um einen rechtsextremen MP Salvini zu verhindern. Es geht um nicht weniger, als die EU selbst zu retten.

Der Umgang mit der Grenzschutzagentur Frontex muss noch viel kritischer werden. Änderungen dürfen nicht nur gefordert werden. Änderungen müssen Bedingung dafür sein, dass man diese fragwürdige und skandalbehaftete Institution überhaupt noch unterstützt und mitträgt.

weitere Antragsteller*innen

Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Benjamin Holm (KV Hamburg-Nord); Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt); Jan Koriath (KV Hamburg-Eimsbüttel); Sina Aylin Demirhan (KV Hamburg-Eimsbüttel); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Marcel Bulawa (KV Hamburg-Nord); Seyed Ali Mir Agha (KV Hamburg-Eimsbüttel); Maryam Blumenthal (KV Hamburg-Wandsbek); Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Manuel Muja (KV Hamburg-Mitte); Rosa Domm (KV Hamburg-Wandsbek); Lena Zagst (KV Hamburg-Mitte); Kai Elmendorf (KV Hamburg-Nord); Ivy May Müller (KV Hamburg-Eimsbüttel); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Annette Hasselmann (KV Hamburg-Eimsbüttel); Karl-Heinz Karch (KV Hamburg-Mitte); Juliane Papendorf (KV Hamburg-Eimsbüttel); Moritz Hermann (KV Hamburg-Mitte); Sonja Lattwesen (KV Hamburg-Mitte); Julia Stier (KV Hamburg-Nord); Jim Martens (KV Hamburg-Eimsbüttel); Friederike Jenn (KV Hamburg-Eimsbüttel); Falk Schmidt-Tobler (KV Hamburg-Eimsbüttel); Julian Braasch (KV Hamburg-Eimsbüttel)